



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Internet

www.christian-duerr.de
christian.duerr@lt.niedersachsen.de

Rede zu den Anträgen

Beteiligungskultur in der Jugendhilfe erhalten und ausbauen – Fachkompetenz stärken, Jugendämter und Jugendhilfeausschüsse in Niedersachsen erhalten und weiterentwickeln

und

Einheit und Anwaltsfunktion der Kinder- und Jugendhilfe in Niedersachsen nicht zerschlagen, sondern stärken

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Zweite Beratung) - Drs. 15/3124
- Antrag der Fraktion der SPD (Zweite Beratung) - Drs. 15/3261
- Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit - Drs. 15/3429

110. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 25. Januar 2007

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren hier heute über Anträge, die sich in der Sache eigentlich schon längst erledigt haben.

(Zustimmung bei der FDP)

Im Dezember haben wir mit dem Haushaltsbegleitgesetz auch die Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz verabschiedet. Neue Argumente haben wir auch heute von Rot und Grün nicht dazu gehört.

Frau Kollegin Janssen-Kucz, aus Ihren Worten konnte ich nur entnehmen: Das muss so bleiben! Das war schon immer so! Da könnte ja jeder kommen! Und: Wo kommen wir denn da hin? - Das ist mir, ehrlich gesagt, zu wenig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Unser Ziel ist es, die Arbeit für Kinder und Jugendliche zu stärken, indem wir die Entscheidungsstrukturen verbessern. Strukturen, die gut sind, darf man auch weiter verbessern. Die Organisationsreform des Landesjugendamtes ist ein Kernpunkt, wenn es um mehr Effizienz geht. Wir haben die Chance genutzt, die uns die Föderalismusreform hierzu gegeben hat, um einen Organisationsrahmen zu entwickeln. Wir brauchen in Zukunft eine bessere Steuerung und Koordinierung auf Landesebene. Dazu brauchen wir aber nicht notwendigerweise die Behörde Landesjugendamt. Vielmehr müssen wir bei der Aufgabenabgrenzung und bei der Bündelung von Zuständigkeiten weiterhin Synergieeffekte nutzen. Wir sind in dieser Richtung konsequent weitergegangen.

Wir binden Aufgaben wie Fortbildung und Beratung für die Akteure der Jugendhilfe, Begleitung von Modellprojekten, internationale Jugendarbeit, Förderung der Arbeit von Jugendverbänden und Betriebserlaubnisse für stationäre Einrichtungen in die gemeinsame Verwaltungsstruktur des Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie ein. Daneben geben wir die Steuerungsaufgaben für den Bereich der Kindertageseinrichtungen in die politische Verantwortung des Kultusministeriums.

Wir werden auch in Zukunft sehr großen Wert auf die Beteiligung der Verbände und freien Träger legen. Wir schätzen sie als kompetente und auch verlässliche Partner. Wir brauchen für diese Beteiligung aber nicht notwendigerweise ein formalisiertes Gremium wie den Landesjugendhilfeausschuss, wenn auch über andere Strukturen sichergestellt werden kann, dass zu allen landesweit bedeutsamen Fragen der Jugendhilfe die betroffenen Akteure gehört werden können.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Herr Dürr, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Janssen-Kucz?

Christian Dürr (FDP):

Sehr gerne. - Sie ist jetzt, wie ich glaube, völlig überrascht.

(Heiterkeit)

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Dürr, ich habe gar nicht damit gerechnet, dass Sie eine Zwischenfrage zulassen.

(Erneute Heiterkeit)

Christian Dürr (FDP):

Das habe ich mir gedacht.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Ich habe folgende Zwischenfrage: Ist Ihnen eigentlich bekannt, dass der von Ihnen jetzt eingesetzte Beirat zukünftig nur Empfehlungen abgeben kann und - anders als der bisherige Landesjugendhilfeausschuss - kein Weisungsrecht hat?

Christian Dürr (FDP):

Das ist in der Sache überhaupt nicht schlimm. Auch Empfehlungen eines solchen Gremiums werden bei uns - im Gegensatz zu Ihnen - auf sehr offene Ohren stoßen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Neben den Verbandsvertretern und den Trägern der Jugendarbeit sollen in Zukunft auch die Jugendlichen, also die Betroffenen selbst, beteiligt werden. Es sollte verstärkt auch das Ehrenamt und nicht nur das Hauptamt eingebunden werden. Derzeit befinden wir uns in der Abstimmung bezüglich der Ausgestaltung eines derartigen Gremiums. Es kann zukünftig an die Stelle des Landesjugendhilfeausschusses treten.

Wir wollen die gesellschaftliche Verantwortung für Kinder und Jugendliche wahrnehmen. Wir brauchen dazu vor allem soziale Infrastrukturen vor Ort. Wir brauchen aber auch effiziente Infrastrukturen auf Landesebene. Die Änderung des Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz war in diesem Zusammenhang ein richtiger und auch wichtiger Schritt. Herr Kollege Albers, was Sie hier eben wieder präsentiert haben, hat mich erneut aufmerksam gemacht. Das grundsätzliche Misstrauen der Sozialdemokraten gegenüber den Kommunen geht mir, offen gestanden, langsam gegen den Strich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich meine, Kommunen können vor Ort sehr verantwortungsvoll arbeiten. Wenn auf Landesebene effiziente Strukturen vorhanden sind, können sie vor Ort die Arbeit am allerbesten erledigen. Man sollte den Kommunen nicht misstrauen, sondern man muss ihnen vertrauen. Das ist der richtige Schritt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Quelle: Stenographischer Bericht der 110. Sitzung des Niedersächsischen Landtag, herausgegeben am 01.02.2007.